



## Kommentar

# Berlin nach der Wahl und vor Entscheidungen

Sebastian Schulte

Im Grunde haben die Wählerinnen und Wähler zwei Entscheidungen getroffen: Zum einen spielen die politischen Ränder bei der Koalitionsbildung keine Rolle. Zum anderen nähern sich die vormaligen „Volksparteien“ und die kleineren Parteien in der Größe einander an. Es kündigt sich nach der Wahl frischer Wind durch einen neuen Politikstil an: Während wir diese Zeilen schreiben, sind die Protagonisten der Limette (Bündnis 90/Die Grünen und Liberale) dabei, ihre jeweiligen Sondierungsgespräche mit Vertretern von Sozial- und Christdemokraten zu planen. Wer ist Koch und wer ist Kellner? Unter welchen Vorzeichen werden die eigentlichen Koalitionsverhandlungen ablaufen und gelingt es den beiden zukünftigen Juniorpartnern bereits hier, ihre Akzente zu setzen? Gut möglich, dass alte Traditionen in einem Dreierbündnis nicht mehr gelten und das Verteidigungsressort nicht automatisch an den größeren Koalitionspartner fällt.

Wer in diesem Wahlkampf Themen der gesamtstaatlichen Sicherheit auf der Agenda erwartet hatte, wurde enttäuscht. Dabei zeigen die Bilder vom Kabul International Airport sowie die jüngste Entscheidung der Australier, vom U-Boot-Geschäft mit Paris zurückzutreten: Den Europäern fehlt es an strategischem Willen und den entsprechenden Fähigkeiten – und deshalb wartet niemand auf sie! Europas Sicherheit und Souveränität hat eine dezidiert maritime Komponente, die über die nach globalem Handel und Wohlstand hinausgeht. Weder in Peking, Canberra oder Washington fällt ein Sack Reis um bei der Frage, ob nationale Einzelfahrer auf Geheiß von Berlin, Paris und London im Südchinesischen Meer Flagge zeigen oder nicht. Erst ein gemeinsamer, europäischer Marineverband hätte das Potenzial, von den globalen Protagonisten ernst genommen zu werden. Die Hürde, die es zu nehmen gilt, ist der nationale Parlamentsvorbehalt: Zustimmung und Verantwortung müssten im Europäischen Parlament getragen werden. Damit das klar ist, es würde bedeuten, dass auch der französische Flugzeugträger für die Zeit des Einsatzes unter europäischem Kommando stünde!

Tatsächlich liegt die Herausforderung woanders: Es ist nicht im Interesse Berlins, zwischen die Mühlsteine einer – französisch verstandenen – europäischen Identität und Souveränität einerseits und der transatlantischen Partnerschaft andererseits zu geraten.

Europäische Souveränität auf Kosten der amerikanischen Freundschaft kann es nicht geben. Jedoch, das eine schließt das andere nicht aus: Ein souveränes Europa kann die Aufgaben eines wahrhaftigen europäischen Marineverbandes mit Einsätzen der NATO und der Vereinigten Staaten abstimmen.

Aus diesen Gründen hat das Verhältnis von Paris zu Berlin und Brüssel Auswirkungen auf die europäische Sicherheitsarchitektur, die nationalen Streitkräfte und die europäische Rüstungsindustrie – konkret die europäische Marineschiffbauindustrie.

Kann die Naval Group den Vertragsverlust verkraften und mit anderen Aufträgen abfedern, oder wäre das australische U-Boot-Geschäft de facto eine Subventionierung der französischen Schiffbauindustrie gewesen? Der Druck auf die europäischen Marinewerften steigt durch die Entscheidung Canberras, vom Geschäft zurückzutreten. Auch wenn eine nationale Werftenkonsolidierung dafür Voraussetzung wäre, Berlin hat mit Blick auf die Marineschiffbauindustrie in Europa zumindest Optionen: Sowohl in den Bereichen Über- und Unterwasser (nationale Schlüsseltechnologie!) sind die Franzosen weder automatisch noch notgedrungen erste Wahl. Auch in Großbritannien, Norwegen, Schweden, Spanien, den Niederlanden und Italien baut man Kriegsschiffe und U-Boote! Und wie wird sich Paris mit Blick auf die weiteren Schritte bei den gemeinsamen bilateralen und europäischen Beschaffungsprojekten verhalten? Als Konsequenz der Schlappe in Übersee die Solidarität der Europäer einzufordern ist das eine, das Kind mit dem Bade auszuschütten und französische Interessen mit denen Europas zu verwechseln das andere. Vor diesem Hintergrund war es Fortune, dass der Bundestag die Entscheidung zur Beschaffung von fünf Seefernaufklärern des Typs P-8A Poseidon noch vor der Sommerpause bestätigt hat. Nur wenige Monate später hätte Paris dieselbe Entscheidung wohl als feindlichen Akt aufgenommen.

Wer auch immer die neue Besetzung in Kanzleramt, Außen- und Verteidigungsministerium stellen wird, es bleibt spannend: Ab Januar übernimmt Paris die EU-Ratspräsidentschaft 2022! Was will Berlin? 

**Sebastian Schulte ist Chefredakteur von Griephan und Mitglied im Deutschen Maritimen Institut (DMI).**